WUZ
WALDDÖRFER UMWELTZEITUNG
NATUR • KULTUR • GESUNDHEIT UND SOZIALES FÜR HAMBURGS NORDOSTEN

Was wird aus dem Landhaus Mahr in Bergstedt? Das über 100-jährige denkmalgeschützte Gebäude steht seit 2011 leer und verfällt zusehends
Seite 3

Warum gibt es kaum Obstgehölze im öffentlichen Raum? Darüber hat sich jetzt der Pomologen-Verein Gedanken gemacht und gibt Tipps
Seite 8

Nr. 105 • Okt. 2016
www.wuzonline.de

Ohlstedter bereiten Wiederaufleben der Klage vor

Naturerhalt kontra Flüchtlinge?

Foto: Ilka Duge

Abbau der Zelte am Ohlstedter Platz. Die Zelte werden in Bergedorf gelagert um sie ggfls. nochmal zu verwenden. Bis Ende Oktober soll hier wieder eine grüne Wiese sein

Anfang September sind die letzten Bewohner der Flüchtlingsunterkunft am Ohlstedter Platz ausgezogen. In der Unterkunft, die Platz für 400 Menschen in 40 Zelten hatte, lebten zum Schluss noch 180 Flüchtlinge. Mitte September hat die Behörde mit dem Abbau der Zelte begonnen. Mitte Oktober soll der Ohl-stedter Platz geräumt sein, so dass bis Ende Oktober wieder neuer Mutterboden verteilt und Rasen neu eingesät werden kann. Das Thema Flüchtlinge in Ohlstedt ist damit aber nicht vom Tisch.

Denn die Erstaufnahmeeinrichtung am Ohlstedter Platz war von Anfang an nicht als Dauerlösung und vor allem nicht für den Winter geplant. Eine Ersatzfläche wurde gesucht, auf der so genannte Modulhäuser wie in Bergstedt errichtet werden können. An der Hoisbüttler Straße gab es 1992 schon einmal ein „Flüchtlingsdorf“ bestehend aus 60 Containern, was lag da näher, als diese Fläche wieder zu aktivieren?

Fortsetzung auf Seite 4

Wieder Amselsterben

Nach 2011 und 2012 gibt es auch 2016 in Deutschland wieder ein Vogelsterben, das durch das tropische Usutu-Virus ausgelöst wird. Die Todesfälle treten während der Mückensaison von Mai bis November auf. Befallene Vögel, meistens Amseln, wirken offensichtlich krank, werden apathisch, flüchten nicht mehr und sterben meist innerhalb weniger Tage. Allerdings werden auch andere Vogelarten von diesem Virus befallen und können sterben. Der NABU fordert dazu auf, tote oder kranke Amseln zu melden und Proben toter Vögel zur Untersuchung an das Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin (BNI) zu schicken. Mehr Infos: www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/voegel/gefaehrdungen/krankheiten/usutu-melden.html. (WUZ)

Wir setzen Sie an natürliche Quellen.
BACKHAUS SOLARTECHNIK
SONNE HOLZ GAS REGEN LUFT
BERGSTEDTER MARKT 1 · 22395 HAMBURG · FON 040 604412-91 · FAX -92
WWW.BACKHAUSSOLARTECHNIK.DE

Ratgeber für Nachhaltigkeit in Hamburg

Endlich: Nachdem bereits 2009 das erste Klimasparbuch für München erschienen ist, gibt es jetzt auch eine Ausgabe für Hamburg – allerdings vorerst nur für Studenten. Doch dieser spezielle Wegweiser für faires und ressourcenschonendes Verhalten in der Hansestadt eignet sich auch für die älteren Generationen. Bietet er doch ein Fülle von Informationen, an die man als Öko-Senior sonst nicht so leicht herankommt.

Wer hat schon einmal vom kostenlosen Lastenfahrrad Klara gehört, dass unter www.klara.bike.de ausgeliehen werden kann? Wo gibt es Gemeinschaftsgärten zum Mitmachen oder Tauschbörsen und Umsonstläden? In Hamburg gibt es Geschirr aus Bananenblättern, Briketts aus Kokosschalen, Gratisobst vom Straßenbaum und eine Disko, in der man die Energie für den Sound per Pedale erstrampeln muss. Nur interessant für junge Leute? Weit gefehlt. Im Klimaspurbuch finden Interessierte viele Tipps zum umweltbewussten Leben und Verhalten. Es ist ein Ratgeber mit dem man in Hamburg klimafreundlich einkaufen, essen, entspannen oder mobil sein kann.

Natürlich ist das Klimasparbuch vor allem interessant, wenn man beginnt auf eigenen Füßen zu stehen und zahlreiche Entscheidungen erstmals allein treffen und damit auch mehr Verantwortung übernehmen muss als zuvor. Aber das gilt genauso z.B. für Auszubildende. Besonders attraktiv wird das Klimasparbuch durch mehr als 50 Gutscheine und Coupons für ermäßigte oder kostenlose Angebote aller Art in und um Hamburg. Dazu gibt es haufenweise Adressen, Termine und Tipps zu Öko-Märkten, Tauschbörsen, Repair-Cafés, ökofairen Modeläden, Ausflügen in und um Hamburg, Apps und zu jeder Menge mehr. Über die Website www.klimasparbuch-hamburg.de können Interessierte sich mit eigenen Ideen und Erfahrungen einbringen und erhalten laufend begleitende Aktionen wie Restauranttests, Interviews, Ausflugstipps, Gewinnspiele und vieles mehr.

Herausgegeben wird das Klimasparbuch von der Behörde Umwelt und Energie (BUE) gemeinsam mit der Universität Hamburg, der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW), der Technischen Universität Hamburg-Harburg und dem oekom Verlag. Die erste Auflage von 25.000 Stück wurde zum Semesterbeginn an Studenten kostenlos verteilt. Im DIN-A6-Format passt es in jede Tasche. Natürlich klimaneutral gedruckt auf 100% Recyclingpapier. Ob und wann das Klimasparbuch auch käuflich zu erwerben sein wird, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Mehr Infos auch unter: www.klimasparbuch.net. (du)

IMPRESSUM

Walddörfer Umweltzeitung©

Redaktion und Anzeigen
Ilka Duge (du), V.i.S.d.P.
i.duge@wuzonline.de
Tel.: (0 40) 644 24 353
Fax.: (0 40) 604 50 692

Layout und Grafik
Monika Thiel (mt)

Verlag
***m.* MEDIENPRODUKTION GmbH**
Ahornweg 19 · 22395 Hamburg

Druck
A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG Pinneberg

Die Zeitung wird auf Recyclingpapier gedruckt. Alle namentlich gezeichneten Beiträge sind in der Verantwortung der Autoren. Der Inhalt ist urheberrechtlich geschützt. Deshalb bedarf die Vervielfältigung von Informationen oder Daten, insbesondere die Verwendung von Texten, Anzeigen und Bild-, Grafikmaterial unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung.

www.wuzonline.de

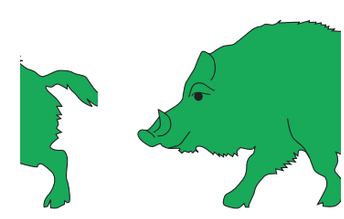
Der Weg zum freiwilligen Engagement

Wer sich freiwillig engagieren möchte, ein Ehrenamt sucht oder sich ehrenamtlich betätigen möchte hat eine Fülle von Angeboten. Doch wie findet man die richtige Tätigkeit? Seit 2003 gibt es im Bezirksamt Wandsbek das Freiwilligenzentrum. Die Mitarbeiter helfen bei der Suche nach passenden Angeboten in Kindergärten, Schulen, Senioreneinrichtungen oder Einrichtungen für Kranke, in der Flüchtlingshilfe, im Kulturbereich und in Natur und Umwelt.

Mit dem Qualitätssiegel des AKTIVOLI-Landesnetzwerks haben sich die Freiwilligenagenturen auf gemeinsame Qualitätskriterien verständigt, die das Angebot für Engagementssuchende verbessern und den Weg zum freiwilligen Engagement erleichtern. Seit 2015 sind die Wandsbeker Mitglied in der bagfa, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. Das Wandsbeker Büro gehört zum AWO Landesverband Hamburg e.V. und arbeitet mit den anderen Freiwilligenagenturen in Hamburg zusammen. Die Teams bestehen aus sieben ehrenamtlichen Mitarbeitern und einer hauptamtlichen Koordinatorin. Das Büro im Bezirksamt Wandsbek ist dreimal wöchentlich für jeweils drei Stunden geöffnet.

Seit kurzem gibt es auch einen Ableger in Volksdorf.
Das Volksdorfer AKTIVOLI Freiwilligenzentrum am Ahrensburger Weg 14 ist unter Tel. 553 04 001 oder per Mail: aktivoli.volksdorf@malteser.org jeden zweiten Dienstag von 10-13 Uhr zu erreichen. (du)
Weitere Infos unter : www.aktivoli-wandsbek.de.

Aktuelle Nachrichten:
www.wuzonline.de



Die nächste wuz erscheint am 10. Nov. 2016

Leerstand aus Spekulationsgründen?

Denkmalgeschütztes Landhaus verfällt seit fünf Jahren

Im Sommer 2011 ging im Landhaus Mahr in Hohenbergstedt eine Ära zu Ende. Der dort seit 1982 ansässigen Wohngemeinschaft „Wohnmodell Kritenbarg“ wurde gekündigt. Seitdem steht das denkmalgeschützte Reetdachhaus leer und verfällt immer mehr.

Foto: Ilka Duge

Das Landhaus Mahr in Bergstedt steht seit 2011 leer und verfällt zusehends

Bereits 2012 hatte der Regionalausschuss Walddörfer die beteiligten Behörden und insbesondere das Denkmalschutzamt aufgefordert, gemeinsam mit dem Investor nach einer einvernehmlichen und tragfähigen Lösung zu suchen und für eine mittelfristige Nutzung des Landhauses zu sorgen. Nach Auffassung des Bezirksamtes war der Beschluss jedoch nicht umsetzbar. Denn der Eigentümer halte an seinem Vorhaben fest, das denkmalgeschützte Bestandsgebäude vollkommen umzubauen und zu verändern, obwohl er schon zwei negative Vorbescheide erhalten hat. Der Eigentümer hat dagegen Widerspruch eingelegt und 2012 auch Klage beim Verwaltungsgericht Hamburg eingereicht.

20 Menschen - Erwachsene und Kinder haben einmal in dem über 100 Jahre alten Haus gewohnt und sich auch um die Instandhaltung gekümmert. Seit der jetzige Eigentümer 2005 das Gebäude von der Saga gekauft hat, gabt es immer mehr Schäden am Haus, die nur notdürftig behoben wurden. Seitdem das Haus leer steht häufen sich die Schäden, denn schon damals war u.a. das Dach undicht. 2013 wurden einige Schäden provisorisch behoben und das Gebäude und die Fenster gesichert, trotzdem gilt das Haus seitdem als nicht bewohnbar.

Die Nachbarn sorgen sich um das Gebäude und auch die Bergstedter möchten den Verfall aufhalten und das 1911/12 für den Bauunternehmer H. T. Mahr gebaute und für den Stadtteil prägende Haus erhalten. Mit einer Eingabe an den Regionalausschuss hatte bereits 2012 ein Anwohner seine Zweifel geäußert: „Dass nach der Kündigung der bisherigen Mieter so lange Zeit an dem Haus scheinbar gar nichts passiert, nährt entsprechend die Sorge, dass der neue Eigentümer möglicherweise auf den Verfall der denkmalgeschützten Bausubstanz spekuliert, um später einen Neubau durchsetzen zu können. Eine solche Entwicklung wäre ein herber Verlust nicht nur für unsere Straße, sondern für den ganzen Stadtteil Bergstedt, und sollte auch nicht sehenden Auges toleriert werden.“

Um Leerstand von Wohnraum zu verhindern, gibt es in Hamburg das Wohnraumschutzgesetz von 1982, das am 1. Juli 2013 verschärft wurde. Seitdem muss Leerstand, der länger als drei Monate dauert, bei den Bezirken gemeldet werden. Die können dann eine Zwangs- oder Zwischenvermietung anordnen oder eine einmalige Ausgleichszahlung verlangen. Wird dem nicht Folge geleistet, kann ein Bußgeld bis zu 50.000 Euro verhängt werden.

Bei denkmalgeschützten Gebäuden gibt es keine gesetzliche Grundlage gegen den Leerstand. Der Eigentümer ist aber verpflichtet, denkmalgeschützte Gebäude instand zu setzen und zu erhalten. Kommt er diesen Verpflichtungen nicht nach, sind Bußgelder oder sogar eine Enteignung möglich.

Doch offenbar passiert davon nichts. Fehlt dem Bezirksamt und dem Denkmalschutzamt das Personal, um dem Gesetz Geltung zu verschaffen, so wie die LINKE-Fraktion in Wandsbek schon lange vermutet? Oder sind es die verschiedenen Zuständigkeiten von Bezirksamt und Denkmalschutzamt beim Wohnraumschutz, die bewirken, dass nichts passiert? Viele Bergstedter fragen sich, wann endlich entschlossen gegen den Verfall durchgegriffen wird, denn der nächste Winter steht bevor. Oder gelingt es dem Eigentümer weiter abzuwarten, bis das Haus zum Abriss freigegeben wird, damit er in bevorzugter Wohnlage 100 Meter entfernt vom Alsterhang gewinnbringend neu bauen kann. (du)

Fortsetzung von Seite 1

Ohlstedter bereiten Wiederaufleben der Klage vor
Naturerhalt kontra Flüchtlinge?

Die Sache hatte jedoch einen Haken. 2008 wurde der Bebauungsplan Wohldorf-Ohlstedt 13 mit 188 Wohneinheiten vom damaligen CDU-Senat durchgeboxt. Kurz danach reichten sowohl fünf Privatkläger als auch der BUND eine Normenkontrollklage gegen den B-Plan WO 13 beim Oberverwaltungsgericht ein. 2012 einigte sich der Verein Wohldorfer Wald Hilfsfond zusammen mit dem BUND und dem SPD-Senat auf ein Moratorium, dass die Fläche nicht angetastet und im Sinne des Naturschutzes weiterentwickelt wird. Im Januar 2015 wurde die Vereinbarung für diese Legislaturperiode (bis 2020) verlängert. Das Moratorium bietet jedoch keinen dauerhaften Schutz vor einer Bebauung. Daher hatten die Wahlkreisabgeordneten der Bürgerschaft Andreas Dressel (SPD) und Christiane Blömeke (Grüne) mit dem Verein Wohldorfer Wald Hilfsfond und dem BUND darüber verhandelt wie die Überarbeitung des ungeliebten B-Planes und die Flüchtlingsunterbringung in Ohlstedt unter einen Hut zu bringen sei.

Der Plan war eine Bebauung im Osten des neuen Plangebietes mit 115 Wohneinheiten sowie eine Renaturierung mit der Perspektive Naturschutz im nördlichen Bereich und die Freihaltung der Grünachse von Nord nach Süd. Außerdem war vereinbart worden, eine Unterkunft für 490 Flüchtlinge als Ersatz für die Fläche am Ohlstedter Platz für drei Jahre an der Hoisbüttler Straße zu errichten.

Grafik: Bezirksamt Wandsbek

Der nordwestliche Teil des Plangebietes in Ohlstedt. Die ersten Verhandlungen sahen vor, diese Fläche nicht zu bebauen dafür aber das Areal im Anschluss an die Häuser am rechten Bildrand

Doch offenbar hatten einige der Beteiligten Bauchschmerzen mit dieser Übereinkunft. Der Verein wählte einen neuen Vorstand, der diese Pläne ablehnte und der BUND forderte eine grundbuchrechtliche Absicherung. „Die schriftliche Zusicherung dafür wurde über Monate nicht vorgelegt“, sagt Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg. Inzwischen waren die Flüchtlingszahlen gesunken, so dass eine Erstaufnahmeeinrichtung in Ohlstedt keinen Sinn mehr machte. Die Unterkunft an der Hoisbüttler Straße sollte eine Siedlung für anerkannte Flüchtlinge werden, deren Kinder in Ohlstedt zur Schule gehen, deren Bewohner in Ohlstedt für längere Zeit bleiben würden. Ein neues Problem? Bei einem Treffen der Wohldorfer Wald Initiative für Naturerhalt und des Vereins Wohldorfer Wald Hilfsfonds Anfang September wurde vereinbart, dass die Verhandlungen fortgeführt werden sollen und man parallel dazu die Klage wieder aufleben lassen wolle. „Wir sind optimistisch, dass wir unser Ziel erreichen werden, die Flächen an der Hoisbüttler Straße von einer Bebauung freizuhalten“, sagt Herman Horster, neuer Vorsitzender von Verein und Initiative. Akzeptieren könne man eine reduzierte Bebauung auf der alten Bebauungsplanfläche unter Freihaltung der Nord-Südachse, wolle aber keine neue Fläche wie die am Mühlenbrook für eine Bebauung akzeptieren.

Was wird eine neue Verhandlungsrunde mit dem Damoklesschwert der Klage im Hintergrund bringen? Das fragt sich auch Hans-Detlef Schulze vom Bürgerverein Duvenstedt/Wohldorf-Ohlstedt, der die ersten Verhandlungen zusammen mit Jürgen Twisselmann im Auftrag der Initiative geführt hat. „Wer will denn eigentlich noch mit wem und worüber verhandeln, wenn doch alle guten Ergebnisse verworfen wurden?“ Eine Flüchtlingsunterkunft in Ohlstedt stehe offenbar gar nicht mehr auf der Agenda der „Ohlstedter“. „Mir persönlich ist das Ergebnis nur peinlich: den Flüchtlingen gegenüber, der Politik gegenüber und unseren Nachbarn wie Lemsahl-Mellingstedt, Bergstedt, Volksdorf oder Ammersbek. Alle haben Einrichtungen zugelassen“, ärgert sich Schulze.

„Der BUND ist nach wie vor offen für eine Vereinbarung über eine zeitlich begrenzte Folgeunterkunft auf der Moratoriumsfläche, sofern das vom Moratorium erfasste Gebiet anschließend dem Naturschutz zugeführt und dies vor Errichtung der Folgeunterkunft durch eine Grunddienstbarkeit abgesichert wird“, bestätigt Manfred Braasch auf Anfrage: „Das von der Politik ins Spiel gebrachte ‚Kopplungsgeschäft‘ mit einer zusätzlichen Bebauung im Osten haben wir nach Hinweisen der Umweltbehörde und anderer Naturschutzverbände neu bewertet und können dieser Bebauung nicht mehr zustimmen.“ Christiane Blömeke und Andreas Dressel bleiben offen für neue Gespräche: „Wir haben bei der Räumung der Zelt-Unterkunft am Ohlstedter Platz Wort gehalten und bleiben auch weiter gesprächsbereit über die Themen Naturerhalt, Wohnungsbau und Flüchtlingsunterbringung in Ohlstedt. Voraussetzung für zielführende Gespräche ist echte Kompromissbereitschaft auf allen Seiten.“ (du)

LANDHAUS OHLSTEDT
HOTEL - RESTAURANT - CAFÉ
HAMBURG - OHLSTEDT
Ab 15.10.2016 bis 15.1.2017
Ganze Gans
mit Rotkohl, Rosenkohl, Soße,
Füllung, Kartoffelklößen, Kroketten,
Bratäpfeln und 1 Fl. Rotwein
für 4 Personen € 109.-
Auf Vorbestellung - Ofenfrisch
mindestens 3 Stunden Vorlauf - Nicht vom 24. bis 26.12.
Wild-, Geflügel- & Saisonalegerichte...
Karpfen auf Vorbestellung!
TÄGLICH GEÖFFNET - KEIN RUHETAG - KÜCHE VON 11:30 - 22:00 UHR
TELEFON: 040 - 605 67 00 - U1-BAHN OHLSTEDT - BUS 276
ALTE DORFSTR. 5 - 22397 HAMB. - WWW.LANDHAUS-OHLSTEDT.DE

Finding Places: Werkzeug mit vielen Schwächen

Bürgerbeteiligung geht anders

Durch den Protest vieler Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingsunterkünfte vor allem auf der grünen Wiese musste sich der Senat etwas einfallen lassen: Die Bürger selbst sollten Flächen vorschlagen. Eine alte Taktik nur neu verpackt. Im Zeitalter von digitaler Technik und Computern werden Bürger eingeladen mitzuwirken und interaktiv Flächen zu finden. Schon in den 1990er Jahren hat der SPD-Senat so etwas versucht. Und viele Bürgerinitiativen haben die Chance genutzt mit dem Ergebnis, dass die Ersatzflächen zusätzlich zu den bereits ins Auge gefassten in die Planungen aufgenommen wurden. So weit ist es jetzt noch nicht. Trotzdem gibt es von vielen Seiten Kritik an dem Projekt „Finding Places“.

Foto: Ilka Duge

Der Knick am südlichen Ende des Immenhorstweges gilt als eine noch intakte Wallhecke und würde durch eine Bebauung mit der Zeit an Wertigkeit verlieren

Der NABU kritisiert u.a., dass viele der 44 als geeignet ausgewählten Flächen aus naturschutzfachlicher Sicht ungeeignet sind. Dazu gehöre u.a. das Areal in Bergstedt am Ende des Immenhorstweges. Auch Ausgleichsflächen sollten aus Sicht des NABU nicht für eine Bebauung in Frage kommen. Bei einigen Flächen wären außerdem nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) besonders geschützte Tiere, z.B. Fledermäuse oder große Baumbestände betroffen. Solche Informationen hätten die Teilnehmer an Finding Places offenbar nicht gehabt.

Geeignete Flächen für die Errichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte sind aus Sicht des NABU versiegelte Flächen wie z.B. Parkplätze, die ohne jeglichen Grünverlust nutzbar wären. Solche Flächen sind in der veröffentlichten Auswahl jedoch deutlich in der Unterzahl. Private Flächen wurden gar nicht erst in den Suchraum aufgenommen.

Aus 161 untersuchten Flächen wurden 44 als geeignet bewertet, von denen 18 in die engere Wahl gekommen sind aber nur insgesamt sechs ausgewählt wurden, für die eine sofortige Bebauung in Frage kommt. Darunter befindet sich auch eine Pferdekoppel an der Eulenkrugstraße, die zum Grüngürtel Hempenkamp/Eichenrehmen gehört. Die Fläche liegt im Landschaftsschutzgebiet, weist Knicks und einen großen Baumbestand auf .

„Der Vorschlag die als Pferdewiese genutzte Parkfläche Eulenkrugstraße/Eichenrehmen bereits als konkreten, sofort machbaren Umsetzungsvorschlag vorzustellen, hat viele Volksdorfer zu Recht irritiert“, kritisieren die Bürgerschaftsabgeordneten Andreas Dressel (SPD) und Christiane Blömeke (Grüne) das Finding Places Verfahren. SPD und Grüne hatten mit der Anwohner-Initiative vom Buchenkamp einen Kompromiss erzielt über eine Flüchtlingsunterkunft an der Eulenkrugstraße neben der Hochspannungsleitung. „Dieser Konsens gilt und an den fühlen wir uns gebunden.“

„Das Projekt ‚Finding Places‘ ist eine verpasste Chance für eine niederschwellige, effektive Bürgerbeteiligung bei der Suche nach geeigneten Flächen für Flüchtlingsunterkünfte“, meint auch die Piraten-Partei. Ein Webportal mit verlinkten Grundstücksinformationen und der Möglichkeit Vorschläge im Internet zu diskutieren und zu bewerten wäre eine kostengünstigere Alternative gewesen und hätte vor allem mehr Hamburgern und vor allem auch den tatsächlichen Anwohnern die Möglichkeit der Beteiligung gegeben.

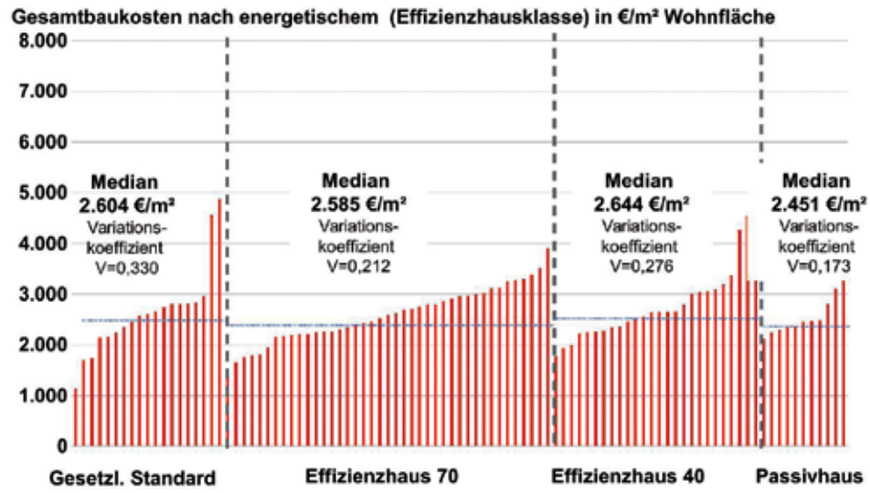
Alle 44 Flächen werden weiter detailliert für eine Umsetzung durch eine gesamtstädtische Lenkungsgruppe geprüft. Dazu gehören die Staatsräte der zuständigen Fachbehörden, alle Bezirksamtsleitungen, der Zentrale Koordinierungsstab Flüchtlinge, Fördern & Wohnen und der Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen. Alle Vorschläge, die näher in die Realisierung rücken, müssen außerdem von der Bezirksversammlung beschlossen werden und brauchen – bei ökologisch wichtigen Flächen – auch ein Votum der Umweltbehörde. Mehr Infos: www.findingplaces.hamburg. (du)

Künstlersozialkasse für jeden?
Worauf Sie jetzt achten müssen.
Lassen Sie sich von uns beraten!
040 - 644 2770
www.tax21.de
Farmsener Landstr. 54
22359 Hamburg-Volksdorf
Schröder & Partner
Steuerberatung · Unternehmensberatung

Was sind die tatsächlichen Kostentreiber im Wohnungsbau?

Energiesparhäuser müssen nicht teurer sein

Mit einem eher leisen Paukenschlag hat die Umweltbehörde bekannt gegeben, dass die energetischen Standards im geförderten Wohnungsbau in Hamburg zu keiner Preistreiberei bei den Baukosten führen. Das bedeutet, dass Klimaschutz und preiswertes Wohnen keinen Widerspruch darstellen.



Analyse der Baukosten in Hamburg / Behörde für Umwelt und Energie. Quelle: IFB Hamburg 2016

Die Behörde für Umwelt und Energie (BUE) hatte die empirische Untersuchung „Analyse der Baukosten im öffentlich geförderten Wohnungsbau in Hamburg“ beim Büro „F + B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt“ in Auftrag gegeben, die die Baukosten von 4.780 Wohneinheiten im öffentlich geförderten Wohnungsbau in Hamburg aus vier Jahren verglichen haben. Die Ergebnisse sollen ein Beitrag sein für die Versachlichung der Diskussion zu den tatsächlichen Kostentreibern im Wohnungsbau.

Die Umweltstandards und Vorgaben zur Energieeffizienz wurden von der Wohnungswirtschaft immer wieder für Kostensteigerungen im Wohnungsbau verantwortlich gemacht. Es wurde der Eindruck erweckt, dass bessere energetische Standards Baukosten und Mieten in die Höhe treiben. Mit der nun vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchung ist dieses Argument nicht mehr haltbar. Es wird deutlich, dass es sehr verschiedene Faktoren sind, die das Bauen in Hamburg teuer machen. Denn ein zentrales Ergebnis der Studie ist, dass es sowohl bei den energetisch besten als auch bei den energetisch schlechtesten Gebäuden teure und günstige Bauprojekte gibt.

„Das Ziel muss es sein, jetzt die tatsächlichen Gründe für steigende Kosten herauszufinden und die geplanten Wohnungen in Hamburg so zu bauen, dass die Mieten wie auch die Heizkosten bezahlbar bleiben. Wir wollen die Ergebnisse jetzt zeitnah mit den Partnern im Bündnis für das Wohnen erörtern und gemeinsam Lösungen suchen, wie wir dem Klimaschutz im Wohnungsbau zusammen gerecht werden können“ kündigt Jens Kerstan, Senator für Umwelt und Energie an.

Neubauvorhaben nach gesetzlichem Standard (EnEV 2009) kosten demnach im Mittel 2.604 €/m2 Wohnfläche. Bei Gebäuden im etwas besseren Effizienzhausstandard 70 betragen die Baukosten im Median 2.585 €/m2 Wohnfläche, im sehr ökologischen Effizienzhausstandard 40 liegt der Median bei 2.644 €/m2 Wohnfläche und bei Passivhäusern sogar nur bei 2.451 €/m2 Wohnfläche (siehe Grafik). Zwischen 2012 und 2014 sind die Baukosten insgesamt um 13 % gestiegen. Die größten Steigerungen sind dabei bei den Grundstückskosten (+45 %) und den Baunebenkosten zu beobachten (+34 %).

„Die Datenlage ist eindeutig. Hohe energetische Standards machen das Bauen nicht automatisch teurer“, so Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg. „Wenn Hamburg tatsächlich 100.000 Wohnungen in den nächsten zehn Jahren bauen will, muss dieses Programm auch für mehr Klimaschutz genutzt werden.“ Die Hamburger Wohnungswirtschaft fordert der BUND auf, ihre jüngste Polemik gegen „Umweltauflagen“ einzustellen und konstruktiv an einer konsequent energieeffizienten Ausrichtung des Neubaus in Hamburg mitzuwirken. Deutlich stärker als bisher müssten auch die Lebenszykluskosten eines Gebäudes betrachtet werden. Energiekosten machen über die „Lebenszeit“ eines Gebäudes bis zu 40 Prozent aus und müssen in Sinne der Nachhaltigkeit deutlich stärker schon bei der Planung berücksichtigt werden.

Obwohl die Untersuchung über die Kosten beim Bauen von einiger Brisanz ist, gab es keine allgemeine Pressemitteilung der Umweltbehörde. Auch auf der Homepage der BUE lässt sich die Studie nicht finden. Nur wer lange genug sucht, findet sie unter www.hamburg.de versteckt unter den Bürgerthemen. Warum hält sich Umweltsenator Jens Kerstan hier bedeckt, fürchtet er Probleme mit seiner Senatskollegin Stapelfeld oder mit der Wohnungswirtschaft, die offenbar zu teuer baut und wem nützt das? (du)

KANZLEI FRAHMREDDER 20

Dr. Günther Engler
Dr. Thomas Fraatz-Rosenfeld
Fachanwalt für Verwaltungsrecht,
Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht und Mediator
Marlies Horn
Fachanwältin für Familienrecht und Mediatorin
Thomas Röder

Telefon 0 40 - 6 000 000 • Telefax 0 40 - 6 000 00 66
www.anwälte-alstertal.de

RECHTSANWÄLTE – FACHANWÄLTE – MEDIATOREN
KOMPETENZ UND ERFAHRUNG

Neuer Vertrag für Hamburg

Wie wird der Druck auf den Naturhaushalt ausgeglichen?

Hamburgs Bedarf an Wohnungen steigt. Ein Ende ist nicht abzusehen. Daher haben Senat und Bezirke 2011 erstmals einen „Vertrag für Hamburg“ unterzeichnet und sich verpflichtet jährlich 6.000 Wohnungen zu bauen. Jetzt wurde der Vertrag aktualisiert mit dem neuen Ziel von 10.000 Baugenehmigungen jährlich. Im Bezirk Wandsbek soll sich die Zahl der genehmigten Wohneinheiten von 1.100 auf 1.800 erhöhen.

Wie schon 2011 wurde das Vertragswerk vom Bürgermeister, von weiteren Senatsvertretern, den sieben Bezirksamtsleitern sowie den Vorsitzenden der Bezirksversammlungen unterzeichnet. Um das hochgesteckte Ziel zu erreichen, sollen die Bezirksämter mehr Personal bekommen. Die Bezirksversammlungen erhalten aus dem Förderfonds Bezirke pro genehmigte Wohnung weiterhin 250 Euro, allerdings ohne die bisherige Deckelung.

Im „Bündnis für das Wohnen“ mit der Wohnungsbauwirtschaft, das bereits im Juni zwischen Senat, Verbänden der Wohnungswirtschaft und SAGA GWG unter Beteiligung der Mietervereine unterzeichnet wurde, war bereits das Ziel von 10.000 Baugenehmigungen pro Jahr festgelegt worden.

„Mit dem neuen Vertrag setzen Bürgermeister Scholz gemeinsam mit Bausenatorin Stapelfeldt und Umweltsenator Kerstan den Kurs in Richtung „Mehr Wohnungen für Hamburg“ fort – ohne weiterhin konkrete Antworten zu haben, wie der Druck auf den Naturhaushalt dabei ausgeglichen werden soll“, kritisiert der NABU. Zum Vertrag gehört, dass dafür mindestens jedes Jahr 67 ha Bauland zur Verfügung stehen müssen. Gleichzeitig gibt es das Versprechen, dass das „Grüne Netz“ innerhalb des Zweiten Grünen Ringes nachhaltig gesichert und weiterentwickelt werden soll. Alexander Porschke, 1. Vorsitzender des NABU Hamburg misstraut den Zusagen: „Der Senat suggeriert den Schutz von Grünflächen, hat sich aber mit dem Wörtchen „soll“ eine Hintertür geschaffen“. Merkwürdig ist auch, dass der öffentlich im Rathaus unterschriebene Vertrag bisher nicht im Internet zum Download bereit steht.

Plakat: Verein zum Erhalt der Hummelsbüttler Feldmark

Selbst eine wichtige Kaltluftschneise wird von den Bauplänen des Senats nicht verschont

Der NABU beobachtet schon seit Längerem, dass sich der Konflikt zwischen Bau- und Flächenschutz-Zielen weiter zuspitzt. Außerdem schließen die geplanten 10.000 Wohnungen pro Jahr nicht die Wohnungsbauten für Flüchtlinge mit ein. Diese benötigen Flächen kommen nochmal dazu. Auch das große Versprechen, dass mit der Einführung des Natur-Cent ein Ausgleich für verlorene Naturwerte geschaffen werden soll, wirft momentan noch jede Menge Fragen auf. Alexander Porschke, 1. Vorsitzender des NABU Hamburg warnt davor, dass der Natur-Cent zweckentfremdet wird: „Wenn der Natur-Cent für die Instandhaltung von Infrastruktur in Parkanlagen verwendet werden soll, hat das rein gar nichts mehr mit Ausgleich von Naturverlusten zu tun“. Deshalb fordert der NABU eine ökologische Zweckbindung der Mittel für Grün- und Erholungsanlagen sowie die Verwendung des Natur-Cents für die Aufwertung von Naturschutzgebieten.

Bereits vor Unterzeichnung des Vertrages hat der Hamburger Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND Hamburg) Stadtentwicklungssenatorin Dorothee Stapelfeldt vorgeworfen die derzeit massiven Grünverluste durch Wohnungsbau und Gewerbe zu verharmlosen. Angesichts der 150.000 Wohnungen, die Stapelfeldts Behörde für die nächsten eineinhalb Jahrzehnten anstrebe, brauche man viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie dieses Ziel ohne qualitativen Naturverlust umgesetzt werden könnte, so Manfred Braasch, Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg. „Wir fordern eine vorausschauende Stadtentwicklung, die nicht planlos aufgrund des aktuellen Bedarfs oder der Nachfrage von Investoren Flächen für die Bebauung ausweist. (du)

Naturerleben vor der Haustür

„Mehr Obstgehölze in den öffentlichen Raum!“

Die Städte in der Welt wachsen. Sie werden zum Lebensmittelpunkt der Mehrheit der Bevölkerung. So auch Hamburg. Diese Entwicklung ist mit einer immer größeren Verdichtung der städtischen Fläche verbunden.

Doch die Menschen brauchen auch grüne Räume. Bürger und Stadtplaner müssen umdenken. „Urban Gardening“ heißt das Zauberwort. Was auf Balkonen beginnt, hat sich in den Wohngebieten zwischen den Häusern eine Nische geschaffen. In London oder New York gärtnern bereits vor allem junge Leute in großer Zahl im städtischen Raum. Sie pflanzen Gemüse und ernten Kräuter.

Doch wo ist das Obst? Warum gibt es nur Laubbäume und keine Obstbäume im öffentlichen Raum? Diese Frage hat sich jetzt die Landesgruppe Schleswig-Holstein/Hamburg des Pomologen Vereins (Pomologie=Obstbaumkunde) gestellt und sich gleich mit der Umweltbehörde in Hamburg in Verbindung gesetzt, die von der Idee begeistert war. Mit einigen Einschränkungen: u.a. sind Obstgehölze als Straßenbäume ungeeignet wegen des Fruchtfalls und der damit einhergehenden Verkehrssicherheit.

Foto: Monika Ruhlfs

Zur Pensionierung von Pastor Ulrich Hentschel (mit Kanne) pflanzte der Freundeskreis der Kirche einen Apfelbaum neben der St. Johanniskirche in Altona in der Max-Brauer-Allee

Es muss ja nicht gleich der Ring 3 sein, aber es gibt in Hamburg viele Grünflächen, Parks, Schulhöfe und Kita-Spielplätze und natürlich die Wohnquartiere. Hier können die Anwohner Patenschaften übernehmen und auch für die Obsternte sorgen. „Linden kleben zeitweise erheblich, Eicheln und Kastanien knallen auf Autos, Eichhörnchen und Vögel klatschen ihre Fäkalien auf Autos und Menschen, viel schlimmer kann es durch eine nicht geerntete Frucht kaum kommen?“ fragen sich Thomas Krätzig, Peter Lock und Joachim Reinig, die für den Pomologen Verein gerade die Broschüre „Urban Pom – Obstgehölze im öffentlichen Raum“ erstellt haben. In dem 36 Seiten Heft geben sie viele Tipps für Obstgehölze in der Stadt, von geeigneten Sorten über die Umweltbelastung des Obstes, die Ansprüche und Pflege der Bäume bis hin zu einer Bestandsaufnahme von Standorten in Hamburg. Zum Beispiel in der Siedlung Haeckswisch in Duvenstedt, am Kreisel Eulenkrugstraße in Volksdorf oder an der Straße Wildes Moor in Hummelsbüttel und sogar mitten in der Stadt. Die Broschüre ist erhältlich beim Pomologen-Verein, Husumer Str. 16, 20251 Hamburg für 2 Euro + 3 Euro Postversand. Mehr Infos unter: www.pomologen-verein.de/schleswig-holstein-hamburg.html. (du)

Wahl der Giftpflanze des Jahres 2017

Pflanzen mit einer giftigen Wirkung auf Menschen und Tiere gibt es in vielen Gärten und Wohnungen, ohne Kenntnis der besonderen Eigenschaften. Ziel dieser Aktion soll eine aktive Auseinandersetzung mit diesen Pflanzen sein. Die „Giftpflanze des Jahres“ unterscheidet sich von der Vielzahl an Tieren, Pflanzen und Lebensräumen, die jährlich als „Natur des Jahres“ ausgerufen werden darin, dass die Pflanzen nicht unbedingt in ihrer Existenz gefährdet sind. Zum 13. Mal ruft der Botanische Sondergarten Wandsbek dazu auf, sich an der Wahl zur Giftpflanze des Jahres zu beteiligen. Es stehen für das Jahr 2017 folgende Pflanzen zur Wahl:

Kategorie Ein- und zweijährige Pflanzen: Hanf (Cannabis sativa) – giftig; Kategorie Gehölze: Stechpalme (Ilex aquifolium) – stark giftig; Kategorie Giftige Nahrungspflanze: Kaffee (Coffea arabica) – giftig; Kategorie Staude: Tränendes Herz (Lamprocapnos spectabilis) – giftig; Kategorie Zimmer- und Kübelpflanze: Dieffenbachie (Dieffenbachia ssp.) – stark giftig. „Giftstoffe in Nahrungspflanzen führen durch Reifeprozesse oder richtige Zubereitung bzw. richtige (niedrige) Dosierung zu keinen Vergiftungen beim Verzehr“, weiß Sondergarten-Leiter Helge Masch.

Auf der Homepage des Botanischen Sondergartens: www.hamburg.de/giftpflanze-des-jahres werden die Pflanzen vorgestellt. Ebenso stellen sich die vier „Kandidaten“ im Gewächshaus des Sondergartens (Walddörferstraße 273, Hamburg-Hinschenfelde) zur Wahl.

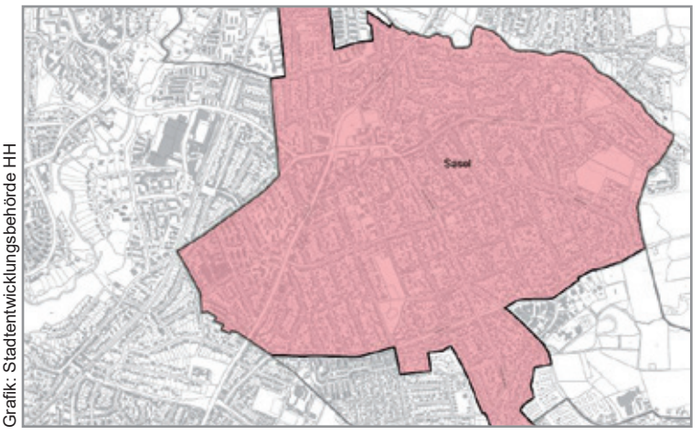
Gewählt wird per Telefon: 693 97 34 oder Fax: 427 905 520 oder per Mail: giftpflanze@wandsbek.hamburg.de.

Die Abstimmung endet am 15. Dezember. (WUZ)

Über 60 Jahre alte Pläne sollen geändert werden

„Nicht mehr zeitgemäß“

In Hamburg sollen die über 60 Jahre alten Baustufenpläne in der Bauleitplanung modernisiert werden. Dabei werden die bestehenden „besonders geschützten Wohngebiete“ zukünftig nur noch „reine Wohngebiete“ sein. Hierzu finden öffentliche Plandiskussionen in den einzelnen Bezirken statt, in denen die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) über die Planung informiert und Bürger die Gelegenheit zu Fragen, Anregungen und Kritik haben.



Grafik: Stadtentwicklungsbehörde HH

Fast ganz Sasel ist noch besonders geschütztes Wohngebiet

„Die Gebiete genießen als ‚reine Wohngebiete‘ in Zukunft den höchsten Schutz, den das aktuelle Baurecht vorsieht. Allgemein zulässig bleiben damit ausschließlich Wohngebäude und Kindertagesstätten für die Bewohner des Gebiets. Neu ist, dass zukünftig in Ausnahmefällen das zulässig ist, was Quartiere lebenswert macht: Läden und Geschäfte, in denen die Bewohner für ihren täglichen Bedarf einkaufen können sowie beispielsweise auch soziale, kulturelle und kirchliche Einrichtungen“, heißt es in der Pressemitteilung des Senats. Die CDU-Fraktion in der Bürgerschaft vermutet mehr dahinter, denn es gibt inzwischen einige Beispiele, wie ein „besonders geschütztes Wohngebiet“ der Hinderungsgrund dafür war, z.B. in Sasel eine Jugendwohnung einzurichten oder in Harvestehude eine Flüchtlingsunterkunft.

Im Bezirk Wandsbek sind die Baustufenpläne von Bergstedt, Duvenstedt, Hummelsbüttel, Lemsahl-Mellingstedt, Poppenbüttel, Sasel, Volksdorf, Wellingsbüttel und Wohldorf-Ohlstedt betroffen. Die öffentliche Plandiskussion für all diese Pläne findet am Mittwoch, **12. Oktober** um 17.30/18 Uhr im Gymnasium Oberalster, Alsterredder 26, in Sasel statt. Mehr Infos und die einzelnen Pläne finden Interessierte unter: www.hamburg.de/bebauungsplaene/6012378/baustufenplanaenderungen-wo. (WUZ)

WIR FÖRDERN IHRE ENERGIEWENDE MIT DARLEHEN UND ZUSCHÜSSEN

Zur energetischen Modernisierung von Gebäuden, Effizienzsteigerung der Anlagentechnik oder für den Einsatz erneuerbarer Energien hält die IFB Hamburg Förderprogramme bereit. Auch Dachbegrünungen werden gefördert.

SPRECHEN SIE UNS AN: Tel. 040 / 248 46 - 0 · www.ifbhh.de

Wir fördern Hamburgs Zukunft

IFB HAMBURG | Hamburgische Investitions- und Förderbank

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Hummelsbüttler Kita schärft alle Sinne für die Umwelt

Bereits zum siebten Mal wurden Kitas aus Hamburg und Umgebung für eine herausragende Bildungsarbeit zu zukunftsrelevanten Themen als „KITA21“ ausgezeichnet. 31 Kitas erhielten die begehrte KITA21-Plakette und Urkunde, darunter auch die Elbkinder-Kita Hummelsbüttler Hauptstraße.

Foto: Elbkinder Kita Hummelsbüttel

Seit einigen Jahren gibt es bereits die Bachpatenschaft zwischen Kita und Bezirksamt für die Susebek

Die ausgezeichneten Kindertageseinrichtungen zeigen auf eindrucksvolle Weise, wie es gelingen kann, Erfahrungsräume für Kinder zu schaffen, in denen sie sich auf spielerische und entdeckende Weise Zusammenhänge zwischen dem eigenen Handeln und den Auswirkungen auf Natur und Umwelt erschließen. So begann auch in Hummelsbüttel die Umweltarbeit: Die Kita befindet sich in der alten denkmalgeschützten Dorfschule von Hummelsbüttel, die für eine energetische Sanierung vorgesehen ist. „Die Spätdienstkinder beobachteten, dass die Erzieher abends alle Fenster schließen und die Heizung runter stellen und fragten, warum sie dies tun und wollten mithelfen“, erzählt Kita-Leiterin Susanne Hansen. Damit begann das Heranführen der Kinder an das Thema „Umgang mit Energie“.

Für das Kitateam in Hummelsbüttel ist es wichtig, den Kinder den ressourcenschonenden Umgang mit der Umwelt näher zu bringen. So gibt es bereits seit längerem diverse Natur- und Umweltprojekte: die Bachpatenschaft der Susebek, „Hummelsbüttel räumt auf“, das 5.000 Quadratmeter große Außengelände naturnah umgestalten in Zusammenarbeit mit der Gartenbaufirma Biotop, einheimische Pflanzen auf dem Gelände pflanzen und pflegen, Insektenhotels anlegen sowie Hoch- und Blumenbeete mit den Kinder zusammen pflegen. Außerdem wird auf Mülltrennung und Müllvermeidung geachtet. So gibt es inzwischen die Mülldetektive und seit neuestem auch eine Energieforscher-Gruppe.

Die Mädchen und Jungen sollen das Thema Energie mit allen Sinnen kennen lernen. Mit dem Energiefahrrad können sie ausprobieren, welche Kraft nötig ist, um Energie zu erzeugen, es werden Papierwindräder gebaut und spezielle Lieder einstudiert, die Kinder machen sich auf die Suche nach Solaranlagen im Stadtteil und nach elektrischen Geräten in Kita und Haushalt und lernen auch, was Energiesparlampen sind und was einen Stromfresser ausmacht. Die logische Weiterentwicklung ist das praktische Energiesparen, das mit Erinnerungstafeln unterstützt wird: „Fenster schließen“. Auch das Reparieren von kaputtem Spielzeug mit dem Hausmeister gehört mit ins Programm der Kita.

Im Rahmen der Bildungsinitiative KITA21 unterstützt die S.O.F. Save Our Future - Umweltstiftung die pädagogischen Fachkräfte bei der Gestaltung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung u.a. mit Fortbildungen. Insgesamt wurde die Auszeichnung als KITA21 von der S.O.F. bereits 450 Mal an Kindertageseinrichtungen vergeben. Damit leistet die Bildungsinitiative auch einen bedeutenden Beitrag zur Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Im Juli dieses Jahres wurde die Bildungsinitiative KITA21 selbst als vorbildliche Initiative im Elementarbereich von der Bundesbildungsministerin Dr. Johanna Wanka ausgezeichnet. (du)

Herbstmarkt

Am Samstag, **8. und** Sonntag, **9. Oktober** jeweils von 10 bis 18 Uhr findet auf Gut Karlshöhe 60d in Bramfeld wieder der beliebte Herbstmarkt statt. Passend zur Jahreszeit präsentiert der Hof eine Mischung aus regionalen, landwirtschaftlichen Produkten, Information rund um Nachhaltigkeit, Kunsthandwerk und Design direkt vom Produzenten, sowie einen Unterhaltungsprogramm für die ganze Familie. 3 Euro Eintritt/ Kinder bis 15 Jahre haben freien Eintritt. Mehr Infos: www.gut-karlshoehe.de (WUZ)

Kunst aus Wohldorf-Ohlstedt

Vom 1. Oktober bis zum 27. November zeigt der NABU die Ausstellung „Landschaften und Vögel“ von Gerhard Schubert (1911-2006) im Duvenstedter BrookHus am Duvenstedter Triftweg 140. Der Kunstmaler lebte bis 1982 mit seiner Familie direkt am Brook. Hier entstanden viele Ideen-Skizzen Ölbilder, die später Vorlagen für mehrfarbige Holzschnitte waren. (WUZ)

Aktuelle Nachrichten: www.wuzonline.de

Hat Hamburg ein Herz für Radfahrer?

ADFC-Fahrrad-Klima-Test 2016

Noch bis zum 30. November können sich alle Verkehrsteilnehmer am ADFC-Fahrrad-Klima-Test 2016 beteiligen. Besonders spannend aus Hamburger Sicht: Belohnen die Hanseaten die Fahrradstadt-Bemühungen des Senats oder landet die Stadt wieder abgeschlagen auf einem der letzten Plätze? Unter 39 deutschen Großstädten kam Hamburg beim letzten Klimatest 2014 nur auf den 35. Platz.

Plakat: ADFC

Mehr als 100.000 Bürger haben 2014 mitgemacht und die Situation für Radfahrer in 468 Städten bewertet, allein in Hamburg waren es 2.135 Menschen. Per Fragebogen haben sie u.a. beurteilt, ob das Radfahren Spaß oder Stress bedeutet, ob die Radwege im Winter geräumt werden, ob die Radwege von Falschparkern freigehalten werden und ob sie sich sicher fühlen, wenn sie mit dem Fahrrad unterwegs sind. Die Ergebnisse geben Verkehrsplanern und politisch Verantwortlichen lebensnahe Rückmeldungen zum Erfolg ihrer Radverkehrsförderung und nützliche Hinweise für Verbesserungen. In diesem Jahr stellt der Fahrradclub 27 Fragen zur Fahrradfreundlichkeit. Die Erhebung wurde bisher mit geringen Variationen in den Jahren 1988, 1991, 2003, 2005, 2012 und 2014 durchgeführt.

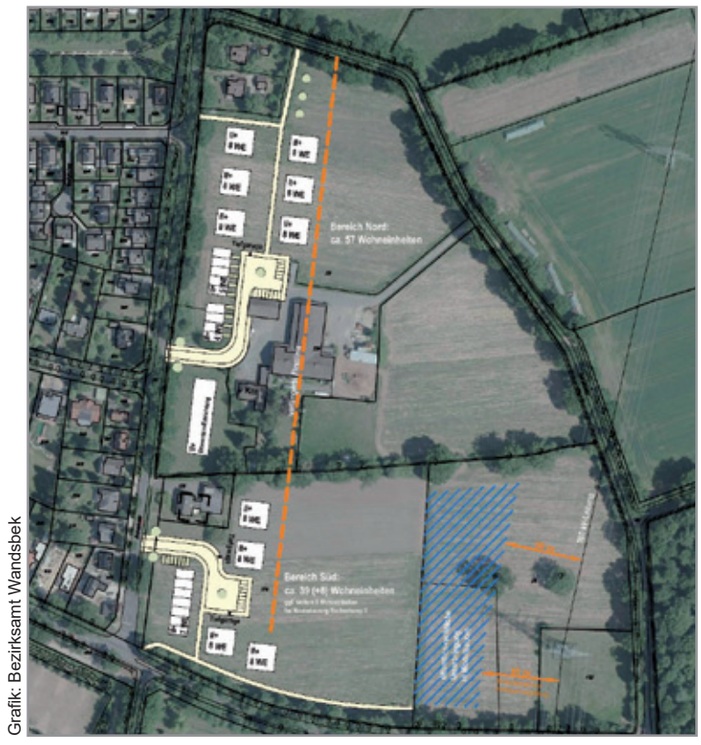
„Der Fahrradklima-Test hat sich als Zufriedenheitsindex der Radfahrer bestens bewährt“, so Johanna Drescher vom ADFC Hamburg. „Auch Hamburgs Politik erkennt langsam, dass Fahrradfreundlichkeit ein echter Standortfaktor und ein Synonym für Lebensqualität geworden ist.“ Das Bündnis für Radverkehr, der Bau neuer Radstreifen und die Ausweitung des StadtRad-Systems seien wichtige Schritte, Hamburg fahrradfreundlicher zu machen. Jetzt komme der Alltags-Check, so Drescher, der zeigen wird, wie die rotgrüne Verkehrspolitik bei den Rad fahrenden Bürgern ankommt.

Die Umfrage findet über die Internetseite www.fahrradklima-test.de statt. Die Ergebnisse werden im Frühjahr 2017 präsentiert. Ausgezeichnet werden die fahrradfreundlichsten Städte und Gemeinden nach vier Einwohner-Größenklassen sowie diejenigen Städte, die seit der letzten Befragung am stärksten aufgeholt haben. Das Bundesministerium für Verkehr (BMVI) fördert den ADFC-Fahrrad-Klima-Test 2016 mit rund 150.000 Euro. (WUZ)

Plandiskussion für den Buchenkamp

Der Planungsausschuss der Wandsbeker Bezirksversammlung hat beschlossen, für die Flächen im Umfeld des so genannten Ferck‘schen Hofs am Buchenkamp in Volksdorf ein Bebauungsplanverfahren einzuleiten. Die Pläne sollen am Montag, **10. Oktober** um 18 Uhr in der Aula des Walddörfer Gymnasiums (WdG), Im Allhorn 45 bei einer Öffentlichen Plandiskussion (ÖPD) vorgestellt werden.

Es ist geplant am Buchenkamp rund um den ehemaligen Ferck‘schen Hof 57 Wohnungen in Stadthäusern und Reihenhäusern zu errichten. Zusätzlich ist eine Einrichtung für Demenzkranke mit bis zu 30 Plätzen vorgesehen. Für das südlich davon gelegene Grundstück an der Ecke Eulenkrugstraße weist der Entwurf bis zu ca. 47 Wohnungen aus. Eine Teilfläche an der Eulenkrugstraße soll für 15 Jahre für die Unterbringung von rund 260 Flüchtlingen genutzt werden und die dahinter liegenden, weitreichenden Grünflächen sollen erhalten und ökologisch aufgewertet werden. Die Grundstücke gehören zum größten Teil einer Genossenschaft, die seit Jahren versucht, Baurecht für die gesamten landwirtschaftlich genutzten Flächen zu bekommen. Jetzt haben sie ihr Ziel zum Teil erreicht. Die Pläne können vom 30.9. bis 7.10. im Bezirksamt/Fachamt Stadtplanung (4.OG) eingesehen werden sowie am ÖPD-Tag ab 17.30 Uhr im WdG. (WUZ)



Grafik: Bezirksamt Wandsbek

Neben dem ehemaligen Ferck‘schen Hof könnten fast 100 Wohnungen entstehen

Ihr Fahrradspezialist
In Hamburg-Volksdorf
Mehr als 60 Jahre
Erfahrung
Ehrig
tel.040/6034501 www.Ehrig24.de
Claus-Ferck-Straße 39, 22359 Hamburg

Trotz dichterer Bebauung 54 Säugetierarten nachgewiesen

Hamburg bleibt wild

Mitten in der Hamburger Ferienzeit und fast unbeachtet, konnte die Umweltbehörde (BUE) im August mit einer kleinen Sensation aufwarten. Bei der Vorstellung des „Atlas der Säugetiere Hamburgs“ konnte Umweltsenator Jens Kerstan eine Erfolgsmeldung präsentieren: In Hamburg wurde ein junger Biber gesichtet. Meister Bockert Junior war Mitarbeitern der Loki Schmidt Stiftung in eine Fotofalle gegangen.

Foto: BUE/Jan Piecha - Aktion Fischotterschutz e.V.

Der Fischotter wurde nach Jahrzehnten der Abwesenheit 2009 erstmals wieder in Lemsahl-Mellingstedt an der Alster gesichtet

Galten die Biber in Hamburg lange als ausgestorben, entdeckte Geschäftsführer Axel Jahn 2010 die erste Burg in der Elbmetropole. Acht Reviere gibt es inzwischen. Alle Biber werden seit Jahren von den Mitarbeitern der Stiftung im Projekt Biber dokumentiert. „Schon lange wartete man auf Biber-Nachwuchs. Dann der Tag der alles änderte. Die Tierbildkamera hatte ausgelöst. Endlich ein junger Biber. Der erste in Hamburg nachweislich geborene seit über 200 Jahren. Ein toller Erfolg für das Projekt“, freut sich Axel Jahn. (Mehr Infos: www.loki-schmidt-stiftung.de/projekte/projekt_biber.php)

Aber auch der restliche Säugetierbestand der Hansestadt kann sich sehen lassen. Insgesamt sind 54 Säugetierarten nachgewiesen und in die Rote Liste eingestuft worden. Dabei hat sich die Lage der Säugetiere in Hamburg im Vergleich zur letzten Untersuchung vor 14 Jahren insgesamt kaum verändert: acht Arten sind weniger gefährdet, acht Arten mehr, und alle übrigen sind entweder als unverändert eingestuft oder es liegen nicht genug Daten zur Beurteilung vor. Besonders artenreich ist dabei Wohldorf-Ohlstedt mit 38 Säugetierarten pro Quadrant, während im urbanen Bereich durchschnittlich etwa zehn verschiedene Arten vorkommen. Hier stellen die großen Grünanlagen entscheidende Rückzugsräume dar. So wurden auf dem Ohlsdorfer Friedhof bis zu 20 verschiedene Arten pro Quadrant nachgewiesen. Um den Säugetieratlas zu erstellen, ist das Stadtgebiet in 243 je vier km² große Quadrate aufgeteilt worden, in denen über vier Jahre alle Säugetierarten gezählt wurden. Dazu kamen Daten aus zahlreichen anderen Quellen. Die letzte Bestandsaufnahme hatte 2002 stattgefunden.

Während der Biber vor allem im Süden der Stadt an der Elbe zu Hause ist, fühlt der Fischotter sich sowohl im Norden entlang der Alster als auch im Südosten in den Vier- und Marschlanden und in Harburg wohl. Auch der Feldhase kommt in Hamburg in stabilen Beständen vor, 14 Fledermausarten sind hier zu Hause und die Hausspitzmaus, die seit 1900 als ausgestorben galt, konnte erstmals wieder in Hamburg nachgewiesen werden.

Vor allem Biber und Fischotter profitieren von der gestiegenen Wasserqualität in der Stadt und der besseren Durchlässigkeit der Gewässer. So wurde u.a. unter der Bäckerbrücke in Poppenbüttel ein Ottersteg angebracht, damit die Tiere nicht über die Straße müssen, wenn sie entlang der Alster wandern. Auch das Projekt „Lebendige Alster“ trägt mit seinem Engagement dazu bei, dass sich die Situation von Tieren und Pflanzen entlang der Alster und seiner Nebenflüsse verbessert. Mehr Infos: www.lebendigealster.de.

Beim geförderten Mietwohnungsneubau macht die Stadt zur Bedingung, dass Quartiere für Gebäudebrüter und Fledermäuse (z.B. Nistkästen) in die Fassaden eingebaut werden.

„Trotz immer dichter werdender Bebauung und weiter steigender Bevölkerungszahl bleibt Hamburg artenreich. Das ist ein wesentlicher Gradmesser für erfolgreichen Naturschutz“, freut sich Umweltsenator Jens Kerstan. „Da die Stadt weiter wachsen wird, legen wir durch neue Managementpläne für alle Naturschutzgebiete nach sowie durch zahlreiche Einzelmaßnahmen und die Ausweisung von drei neuen Naturschutzgebieten bis 2018.“ (WUZ)